

Wortprotokoll zu TOP 11 A

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

34. Sitzung
19. April 2023

Beginn: 12.03 Uhr
Schluss: 14.30 Uhr
Vorsitz: Rolf Wiedenhaupt (AfD)

Punkt 11 A der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0946](#)
„**Untreueverdacht bei der Charité Facility
Management GmbH (CFM) – wie gut funktioniert
das Kontroll- und Aufsichtswesen?**“
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) Haupt
- b) Stellungnahme der Charité – Universitätsmedizin Berlin [0946 A](#)
zu den [0946 A](#)
Fragen 1 bis 8 der roten Nummer 0946 Haupt

Amtierender Vorsitzender Rolf Wiedenhaupt: Dazu ist gebeten worden, dass Frau Senatorin Ulrike Gote bei uns ist. – Sie ist da. Ich darf Sie herzlich begrüßen! Und Herrn Senator Wesener haben wir schon die ganze Zeit bei uns gehabt. – Sie fangen an, Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Wir sind ja derzeit in der Situation, als Hauptausschuss sozusagen der einzige Fachausschuss zu sein, insofern schwappen hier auch einige Themen rein, die vielleicht auch in Fachausschüssen – würde es sie denn geben – behandelt werden könnten; aber hier hat es darüber hinaus ja auch einen direkten Fachbezug. Ich würde Sie wegen dieser Konfiguration nur darum bitten, damit einverstanden zu sein, dass mein Kollege Tobias Schulze diesen Tagesordnungspunkt für mich übernimmt und auch die inhaltliche Begründung macht.

Amtierender Vorsitzender Rolf Wiedenhaupt: Herr Kollege! – Dann sind Sie dran!

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön! – Vielleicht ganz kurz, ich weiß nicht, ob alle im Bilde sind: Wir haben bei der Charité Facility Management GmbH, also einer Tochter der Charité, mittlerweile staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen Verdachts auf Untreue und verschiedene andere Delikte. Die sind ins Rollen gekommen, nachdem Beschäftigte der CFM entsprechende Hinweis ins Compliancesystem der Charité eingespeist haben. Das Ausmaß der möglichen Verstöße gegen die Complianceregeln ist relativ erheblich und bewegt sich nach Aussage des Senats im einstelligen Millionenbereich. Ein früherer Finanzsenator vermutete auch schon für die Zeit vor 2019, als die CFM noch in teilprivater Hand war, ähnliche Verstöße. Damals ließen sie sich noch schlechter nachweisen.

Ich danke der Charité erst mal dafür, dass sie unsere Fragen so ausführlich beantwortet hat. Ich glaube, wir sind mittlerweile in einem guten Aufarbeitungsverfahren, was diese Complianceverstöße angeht, und werden in den nächsten Monaten wahrscheinlich auch noch weitere Ergebnisse dieses Aufarbeitungsverfahrens sowie der staatsanwaltlichen Ermittlungen sehen.

Ich glaube, es sind insgesamt – für mich zumindest oder für uns als Fraktion – auch nach diesem Bericht der Charité noch drei Fragen offen, die wir uns noch einmal gemeinsam angucken sollten. Ich glaube, es geht hier nicht darum, irgendjemanden anzuschwärzen oder Vorwürfe zu machen, sondern es geht um die Frage, ob wir an der Charité tatsächlich ein System haben, das solche Verstöße von sich aus schnell aufgreift und auch von sich aus lösen kann oder ob wir da Verbesserungen vornehmen müssen. Die Charité berichtet ja selbst, dass ihr Compliancesystem in der Überprüfung ist und dass da möglicherweise neue Regelungen gemacht werden müssen. Ich glaube, dass man da nach diesen Problemen, die entstanden sind, noch einmal hingucken muss. Das war ja ein Netzwerk von Personen, die die CFM durchaus mit erheblicher krimineller Energie um einige Millionen erleichtert und in die eigene Tasche gewirtschaftet haben, um es mal vorsichtig auszudrücken.

Unter den drei Fragen, die uns noch umtreiben, ist die eine: Warum ist das alles erst in der zweiten Überprüfung aufgefallen und nicht schon in der ersten? Nach meiner Kenntnis hat die entsprechende Wirtschaftsprüfungsgesellschaft eine tiefenforensische Untersuchung dieser Vorwürfe gemacht und nicht herausgefunden, was jetzt als Vorwurf im Raum steht, sondern erst nachdem es nochmalige Hinweise gab, ist auch das staatsanwaltschaftliche Verfahren ins Rollen gekommen. – Das ist die eine Frage.

Die zweite ist: Die Hinweisgeber sind gekündigt. Die Charité sagt, sie seien aus anderen Gründen gekündigt, die nichts mit ihren Hinweisen auf Complianceverstöße zu tun haben, aber indirekt hat das natürlich schon damit zu tun. Man muss noch einmal überlegen, ob man vielleicht mit den Beschäftigten einen besseren Umgang findet.

Die dritte Frage ist, ob der Senat mittlerweile eigentlich damit zufrieden ist, wie das Verfahren läuft, auch als Aufsichtsratsbeteiligte der Charité; oder ob der Senat nicht, wie früher, auch mit einem Aufsichtsratssitz bei der CFM sitzen sollte. Das stelle ich mal als Frage in den Raum, ob das sinnvoll ist oder nicht, um da ein bisschen näher dran zu sein – die CFM ist ja keine ganz kleine Landesfirma, kein ganz kleines Landesunternehmen. Im Zusammenhang damit spielt natürlich auch die Reintegration der CFM in die Charité eine Rolle, die wir jetzt im neuen Koalitionsvertrag finden. Die hat möglicherweise auch die Auswirkung, dass man die CFM einfach besser kontrollen kann. Auch das sollten wir, glaube ich, in die Debatte mit einbeziehen. Insofern freue ich mich auch noch einmal auf die Ausführungen. – Danke schön!

Amtierender Vorsitzender Rolf Wiedenhaupt: Herzlichen Dank! – Ich habe zwar Wortmeldungen von Fraktionen, aber eigentlich handelt es sich ja um einen Fragenkatalog, der von der antragstellenden Fraktion begründet worden ist. Jetzt würde ich gerne erst mal die Beantwortung geben. – Frau Senatorin Gote, Sie haben das Wort!

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte vielleicht eingangs noch einmal zur Klarstellung darauf hinweisen, dass sich sowohl die Rechts- und Fachaufsicht meiner Verwaltung als auch die Kontrollrechte des Aufsichtsrates der Charité, wo ich ja die Aufsichtsratsvorsitzende bin, nicht unmittelbar auf die CFM GmbH als eigenständige Tochter der Charité erstrecken.

Noch einmal zur zeitlichen Einordnung: Es geht hier um Sachverhalte, die in der Zeit von 2017 bis 2021 stattgefunden haben. Gleichwohl nehmen wir natürlich, nehme ich auch persönlich, diese Vorgänge sehr ernst. Uns ist natürlich genau wie Ihnen daran gelegen, das erstens aufzuklären und zweitens auch in Zukunft möglichst dafür zu sorgen, dass so etwas nicht mehr vorkommen kann. Ich hätte jetzt fast gesagt: so leicht passieren kann – aber es ist in dem Fall nicht leicht passiert. Da musste man schon erhebliche Energie aufwenden, um die bestehenden Kontrollsysteme zu umgehen.

Es ist ja auch so, dass dadurch natürlich – auch wenn wir jetzt sagen können, wir sind nicht Fachaufsicht und Rechtsaufsicht – ein finanzieller Schaden entstanden ist und auch ein Reputationsschaden, der sich natürlich auch auf die Charité insgesamt niederschlägt. Deshalb ist es wichtig, dass man sich damit beschäftigt und das aufklärt. Deshalb sind wir auch im engen Austausch mit der Charité. Aufsichtsratsvorsitzende der CFM GmbH, also der Tochter, ist das Vorstandsmitglied für Finanzen und Infrastruktur der Charité.

Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich, um nicht die laufenden staatsanwaltlichen Ermittlungen zu gefährden und um die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen zu wahren – das gilt übrigens auch für die, die entlassen wurden, also die Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber – sowie zur Vermeidung von Vorverurteilungen hier nicht zu Details der Vorkommnisse Stellung nehmen kann. Nach allem, was bisher bekannt ist, sind die Vorgänge in der Charité nicht aufgefallen, da die Leistungsbeziehungen zwischen CFM und Charité hiervon unberührt blieben.

In der CFM selbst sind die Vorkommnisse offenbar durch die Anzahl und das Zusammenwirken der Beteiligten trotz bestehender Compliance- und Kontrollsysteme erst nach einiger Zeit aufgedeckt worden. Beispielsweise ist das, was man immer als erstes überprüft – Vier-Augen-Prinzip et cetera – umgangen worden, weil einfach alle beteiligt waren; also die vier Augen sozusagen. Es ist hier insofern wirklich sehr komplex.

Nach den bisherigen Erkenntnissen gibt es keinerlei Hinweise, welche die Annahme rechtfertigen könnten, der Vorstand habe in seiner Funktion als Alleingesellschafter der CFM pflichtwidrig oder ermessensfehlerhaft gehandelt. Im Gegenteil hat er, nach unserer Einschätzung, nicht nur alle wesentlichen gebotenen und sinnvollen Maßnahmen eingeleitet und umgesetzt, um die Vorgänge aufzuklären und systemische Verbesserungen für die Zukunft zu erreichen, sondern sogar darüber hinaus Prüfungen veranlasst, ohne dass diese seitens externer Wirtschaftsprüfer ausdrücklich angeregt worden waren. Diese Einschätzung wird im Übrigen auch durch die aktuell prüfenden Abschlussprüfer geteilt.

Dazu vielleicht ein paar Beispiele: Es gab die proaktive Beauftragung eines Prüfberichts einer externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie die Einschaltung der Staatsanwaltschaft nach Bekanntwerden der ersten Vorwürfe im Jahr 2021. Das ist ja auch schon genannt worden. Es gab dann die Umsetzung von Empfehlungen des Wirtschaftsprüfungsberichts zur Stärkung der Compliance- und Kontrollsysteme in der CFM, beispielsweise bei den Freigabeprozessen im Rechnungswesen und Einkauf; und es gab, und das ist wirklich wichtig gewesen für den weiteren Verlauf, die Überführung der CFM-Revision in die Konzernrevision der Charité. Es gab 2022 außerdem die Einsetzung eines neuen externen Geschäftsführers der CFM.

Nach Bekanntwerden neuer Vorwürfe 2022 konnte dann – weil das Ganze jetzt eben auch in die Konzernrevision der Charité überführt wurde – eine weitere Konzernrevision stattfinden, die auch wieder proaktiv durch die Charité beauftragt wurde, und es kam zu einer umfassenden Sonderprüfung. Man muss wissen, dass auch die Staatsanwaltschaft das Verfahren nach der ersten Prüfung eingestellt hat. Insofern ist es schon auch noch einmal erwähnenswert, dass die Charité drangeblieben ist. Man hätte sagen können: Naja gut, die Staatsanwaltschaft hat ja schon geschaut – aber so ist es eben nicht gewesen, und nach Fertigstellung des Sonderberichts ist die Übergabe an die Staatsanwaltschaft erfolgt, und es wurden auch Anzeigen erstattet. Das war jetzt Anfang 2023.

Im Übrigen liegt Ihnen ja die Stellungnahme der Charité, die schon erwähnt wurde, zu den Fragen 1 bis 8 vor. Dem Vorstand war es heute leider nicht möglich, hier teilzunehmen. Es war ja relativ kurzfristig, und die haben schon länger eine Auslandsreise zur Karolinska in Schweden geplant, die, kann man sagen, in Schweden das Pendant zur Charité ist. Es ist sehr zu unterstützen, dass man sich hier auch austauscht. Leider ist festzustellen, dass sie deshalb heute nicht hier sein können.

Dem Vorstand und mir ist daran gelegen, schnellst- und bestmöglich für Aufklärung und Transparenz zu sorgen und auch dafür, dass solche Vorkommnisse künftig vermieden werden können. Der Sachverhalt wird auch in den aktuell dem Aufsichtsrat der Charité vorliegenden Jahresabschlüssen der Charité transparent dargestellt. Derzeit laufen in der CFM weitere Untersuchungen und Prüfungen zu den Geschäftsbeziehungen mit Dritten. Wir haben dann jetzt Anfang Mai die nächste Aufsichtsratssitzung. Da wird das sicherlich auch noch einmal Thema sein, also in der Aufsichtsratssitzung der Charité, denn da wird es dann auch in den Jahresabschlüssen drin sein. Ebenso bleiben die Ergebnisse der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, die die Charité wie dargestellt vollumfassend unterstützt, abzuwarten, bevor weitere Konsequenzen geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden.

Jetzt konkret zu der Frage, ob der Senat Bedarf sieht, im Aufsichtsrat der CFM mehr Verantwortung zu übernehmen. Bei der CFM sind die bundesgesetzlichen Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes einschlägig, wonach es eine zahlenmäßig begrenzte Anzahl an Aufsichtsratsposten gibt und diese zu gleichen Teilen dem Gesellschafter Charité und den Beschäftigtenvertreterinnen und Beschäftigtenvertretern zustehen. Neben dieser Tatsache ist eine politische Besetzung bei mittelbaren Tochterunternehmen aus Praktikabilitätsgründen eher unüblich und wäre wegen des fehlenden einrichtungsübergreifenden Bezugs auch nicht zwingend zu rechtfertigen.

Im Übrigen würde dies, das ist jetzt meine Einschätzung, nicht unbedingt dazu führen, dass solche Vorgänge künftig gänzlich ausgeschlossen oder vermieden werden können. Vielmehr

ist es, und da gebe ich Ihnen recht, eine Daueraufgabe, die wir ja in allen Unternehmen haben: dass wir immer weiter schauen müssen, ob die Compliancevorgaben und die Sicherheitsvorkehrungen, die Strukturen, die Prozesse und das ganze Regelwerk, das dazu gehört, noch optimiert werden müssen. Ich glaube, das ist etwas, das man sich ständig angucken muss, und dann muss man aus solchen Vorfällen auch tatsächlich lernen.

Unabhängig davon gibt es ja die Diskussion, auch die CFM wieder in die Charité-Mutter zu integrieren. Ob das eine Änderung bringt, wage ich nicht zu beurteilen, aber zumindest muss man, sollte es zum Tragen kommen, hier dann auch noch einmal genauer hinzuschauen, was das wiederum für die Regelungen hinsichtlich Compliance bedeutet. Soweit zunächst von mir. – Danke schön!

Amtierender Vorsitzender Rolf Wiedenhaupt: Herzlichen Dank, Frau Senatorin! – Ich habe Ihre Wortmeldung gesehen, Herr Schulze, aber zunächst war Frau Dr. Brinker dran, die sich vorhin schon gemeldet hatte; ich hatte dann aber erst mal die Senatsrunde eingeleitet. – Bitte!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für die Ausführungen, Frau Gote! Ich würde vorschlagen und beantragen, dass wir ein Wortprotokoll machen, denn das konnte ich mir jetzt nicht alles so notieren. Insofern bitte ich um Wortprotokoll. Das ist das Erste.

Das Zweite – es geht ja im Wesentlichen darum: Wie kann so etwas tatsächlich verhindert werden? Was war eigentlich die Ursache? Denn wir haben ja eigentlich Regeln, die hier offensichtlich entweder nicht gegriffen haben oder halt aus anderen Gründen nicht eingehalten worden sind. Deswegen noch einmal die Frage, die sich für mich noch nicht so richtig geklärt hat: Hat denn das behördliche Monitoring funktioniert, also das Monitoring durch die Senatsverwaltung beziehungsweise durch die Aufsichtsgremien? Oder sind hier bestehende Vorschriften einfach nicht richtig umgesetzt worden? An welcher Stelle war sozusagen das Schlupfloch? Oder sind die bestehenden Vorschriften vielleicht nicht ausreichend genug? Das kann ich mir bei unseren deutschen Vorschriftenkatalogen eigentlich nicht vorstellen. Könnten Sie das noch einmal deutlicher darstellen, wo aus Ihrer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt tatsächlich das Schlupfloch war? Denn es ist ja doch eine Veruntreuung in einem Ausmaß, das erheblich ist, und es sollte eigentlich an diesem Beispiel geklärt werden, wo tatsächlich die Fehlerursache liegt. Ist es aus Ihrer Sicht notwendig, fachlich und personell anders mit dem Thema umzugehen?

Es ist auch ein bisschen die Frage, die schon Herr Kollege Schulze gestellt hat – worüber man wirklich stolpert bei Lektüre der Unterlagen, auch der schriftlichen Anfrageantworten des Senats –: Wie kann es eigentlich sein, dass ein Prüfunternehmen diese Form der Veruntreuung nicht hat feststellen können? Das erschließt sich mir nicht. Da ist auch die Frage: Werden vom Senat – oder nicht vom Senat, aber zumindest vom Aufsichtsrat – Regressansprüche geprüft? Wie verhält man sich oder will man sich in diesem Fall verhalten? Können Sie dazu zum jetzigen Zeitpunkt antworten?

Die Frage ist auch die Anwendung des Vergaberechts. Das ist hier ja doch heftig ausgehebelt worden. Kann man zum Beispiel durch den Rechnungshof flankieren – wie ist denn da der Status quo bei Tochterunternehmen, hundertprozentigen Tochterunternehmen von Landesun-

ternehmen? –, dass da auch entsprechend Prüfrechte tatsächlich eingesetzt werden können? Wie schätzen Sie das ein? Und noch eine letzte Frage: Sehen Sie einen gesetzgeberischen Verbesserungsbedarf genau an diesem Beispiel? Da komme ich wieder zu meiner ersten Frage zurück: Wo ist sozusagen das Einfallstor, wo ist die Lücke? – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Rolf Wiedenhaupt: Frau Senatorin! Möchten Sie direkt darauf antworten?

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG): Ja! Ich kann gerne zu einigem antworten, aber der Großteil Ihrer Fragen, Frau Abgeordnete, richtet sich im Wesentlichen an den Vorstand der Charité, und der wäre auch dazu zu befragen, und könnte hier im Detail sicherlich auch noch mehr Auskunft geben. Ich denke, es wird ja auch noch eine Sitzung geben – oder in einem anderen Gremium –, wo dann auch die Charité und der Vorstand selbst dazu Stellung nehmen können.

Was ich noch einmal deutlich machen muss: Sie sprachen von behördlichem Monitoring durch die Verwaltung – das gibt es nicht. Noch mal: Wir haben keine Rechts- und Fachaufsicht über die CFM, deshalb findet das auch nicht statt; deshalb ist das nur mittelbar über die Charité möglich. In dem Moment, wo der Charité-Aufsichtsrat damit befasst ist, beziehungsweise, wenn für die Charité ein Schaden entsteht, dann sind wir natürlich damit befasst.

Warum das die Prüfungsgesellschaft nicht festgestellt hat – gute Frage. Aber wie gesagt, auch die Staatsanwaltschaft hat sich das angeschaut und sah auch keinen Grund. Die Situation ist offensichtlich so komplex, dass das nicht so einfach zu entdecken war. Nichtsdestotrotz sind ja aus diesem Prüfbericht auch Dinge durch die Charité und die CFM umgesetzt worden, die dann dazu geführt haben, dass im zweiten Anlauf doch einiges gefunden wurde. Für mich stellt es sich schon so dar, dass das ein laufender Prozess ist, in dem man einfach auch Verfahren verbessern muss; aber wie gesagt, zu den Detailfragen – auch was Vergaberecht angeht, was genau die Strukturen sind –, da würde ich doch bitten, dann auch den Vorstand zu befragen.

Amtierender Vorsitzender Rolf Wiedenhaupt: Herzlichen Dank! – Die nächste Wortmeldung ist vom Kollegen Schulze und ihm folgt dann Herr Schlüsselburg.

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön für die Ausführungen, Frau Senatorin! Ich glaube in der Tat, dass das schwierig zu ermitteln war und dass da bis in die Untiefen des SAP-Softwaresystems hinein Manipulationen vorgenommen worden sind, die extrem schwierig nachzuverfolgen waren. Aber ich glaube, ein Schlüssel des Problems führt auch zum Umgang mit den Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern.

Deswegen haben wir auch in unserem Katalog noch einmal danach gefragt, ob darüber jetzt entsprechend noch einmal nachgedacht wird. Es gab weder von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch von der internen Revision einen Kontakt mit denen, denn die sind ja schon relativ frühzeitig gekündigt worden, und wir wissen, glaube ich, aus langen Erfahrungen mit Whistleblowern, dass das immer schwierig ist – also dass der Umgang dann immer auch schwierig ist –, dass es auch menschliche Probleme geben kann und so weiter. In diesem Fall liegt, glaube ich, ein Schlüssel darin, dass man die nicht ernst genug genommen hat. Die haben alle Informationen. Die haben das auch in akribischer Kleinarbeit herausgefunden, und

das, glaube ich, muss man sich noch einmal angucken, wenn man jetzt über diese Verfahrensfragen spricht – bei allen Problemen, die auch ich kenne und die im Umgang miteinander wirklich schwierig sind. Das ist alles richtig.

Ich glaube, wir werden uns vielleicht auch noch einmal die entsprechenden Unterlagen angucken, und Sie haben vollkommen recht: Wir sollten das auch noch einmal mit dem Vorstand der Charité besprechen, und dann müssen wir vielleicht die entsprechenden Schlussfolgerungen für uns ziehen, wie wir damit umgehen. Ich glaube nur, dass es eben auch ein Beispiel dafür ist, dass wir mit unseren öffentlichen Unternehmen gut umgehen müssen. Das war dort ein Netzwerk mit einer kriminellen Energie – das war schon ziemlich beeindruckend als ich mir das so angeguckt habe. So etwas darf nicht noch einmal passieren. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Ich glaube aber auch, dass der Charité-Vorstand mittlerweile ernsthafte Schlussfolgerungen aus diesen Problemen gezogen hat. Wir müssen jetzt gucken, dass wir in Zukunft entsprechend gute Regeln und gute Verfahren einführen. Aber das Thema Umgang mit Hinweisgebern in öffentlichen Unternehmen – vielleicht nehmen wir uns das für die Zukunft noch einmal mit auf den Zettel. – Danke!

Amtierender Vorsitzender Rolf Wiedenhaupt: Dann hat der Kollege Schlüsselburg das Wort und ihm folgt Frau Dr. Brinker.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich beziehe mich jetzt auf die rote Nummer 0946 A. Das ist die schriftliche Beantwortung der eingereichten Fragen. Da schließen sich für mich ein paar Bitten an.

Zum einen würde ich gerne für den Datenraum den angesprochenen Prüfbericht von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestellen. Dann hätte ich auch gerne die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft aus dem ersten Zug, die hier in der Beantwortung zu Frage zwei angesprochen wurde, für den Datenraum. Und dann ist hier noch die Rede von dem Revisionsbericht, der Ende Februar 2023 durch die Konzernrevision der Charité erarbeitet wurde. Den hätte ich ebenfalls gerne im Datenraum zur Einsichtnahme.

Ansonsten würde ich in Bezug auf einen Folgebericht gerne nachfragen: Nach meinem Kenntnisstand ist im Mai – ich weiß jetzt nicht genau, wann im Mai – wieder turnusmäßige Aufsichtsratssitzung der Charité. Ich gehe jetzt mal davon aus, dass das einer der Tagesordnungspunkte sein wird, und würde dann gerne – Sie müssten mal sagen, wann sie da berichten können – wissen, was der aktuelle Stand zu diesem Sachverhalt nach Erörterung im Aufsichtsrat ist.

Amtierender Vorsitzender Rolf Wiedenhaupt: Frau Dr. Brinker!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Sie haben natürlich recht, Frau Gote. Ohne die Charité-Geschäftsführung ist es schwierig, hier Fragen zu beantworten. Ich schlage deswegen vor, dass ich meine Fragen verschriftliche und einreiche. Dann hat die Charité auch entsprechend Zeit, das zu beantworten, und dann sollten wir das in einer der nächsten Sitzungen mit den Vertretern der Charité und Ihnen oder dem Gesundheitssenator noch einmal besprechen. – Danke!

Amtierender Vorsitzender Rolf Wiedenhaupt: Okay. – Bitte!

Steffen Zillich (LINKE): Sie haben ja richtigerweise darauf hingewiesen, dass es Vorfälle sind, die eine Zeit zurück liegen. Sie haben richtigerweise darauf hingewiesen, dass es keine Frage der Fachaufsicht oder Ähnlichem ist, und Sie haben auch darauf hingewiesen, dass es durchaus Vorfälle sind, die eine gewisse Bedeutung haben und die man sich deswegen genau angucken muss. Ich weiß nicht, ob Sie das beantworten können, aber ich versuche es mal: Haben Sie denn den Eindruck, dass nicht das Vorhandensein krimineller Energie – das kann immer stattfinden –, aber das Unentdecktbleiben dessen und auch der Umgang mit den Hinweisgebern – und insofern auch die Umstände, die so etwas befördert haben oder dem zumindest nicht entgegen gewirkt haben – auch mit dem Betriebsklima der CFM, das wir hier ja in der Vergangenheit auch aus anderen Gründen besprochen haben, zusammenhängen kann?

Amtierender Vorsitzender Rolf Wiedenhaupt: Frau Senatorin Gote!

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG): Danke noch einmal für die Nachfragen! Ich denke, es ist sinnvoll, das noch einmal einzureichen und die geforderten Berichte zur Verfügung zu stellen. Das hilft sicherlich bei der weiteren Bearbeitung. Die nächste Aufsichtsratssitzung ist am 8. Mai. Wenn wir davon ausgehen, dass alles so läuft, wie es jetzt im politischen Raum diskutiert und erwartet wird, dann werden weder Herr Wesener noch ich an dieser Aufsichtsratssitzung teilnehmen. Aus Aufsichtsratssitzungen zu berichten ist eh immer schwierig, aber das werden unsere Nachfolgerinnen und Nachfolger dann sicherlich zu Ihrer Befriedigung tun können. Das wird sicherlich so sein.

Ich will mal eins sagen: Ich glaube, dass auch die Charité-Verantwortlichen insbesondere aus diesem Fall sehr viel gelernt haben, weil es tatsächlich – Herr Schulze hat das richtig ausgeführt – sehr komplex war und man dort auch Dinge gesehen hat, die man so vielleicht nicht erwartet oder für möglich gehalten hat. Dass daraufhin sicherlich auch ein Lern- und Veränderungsprozess angestoßen wurde, der auch noch anhält, wird ja in dem Bericht deutlich ausgeführt, und das wird auch so bleiben. Ganz ausschließen, da haben Sie recht, wird man das nie können. Deshalb sage ich ja: Das ist für mich ein laufender Prozess. Man muss da wirklich dranbleiben und schauen. Ich habe ehrlich gesagt nicht den Eindruck, dass die Aufklärung dadurch behindert wurde, dass man nicht ordentlich mit den Whistleblowern umgegangen ist.

Ich kann dazu auch aus Schutz der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen hier leider nicht mehr sagen, aber ich verweise noch einmal auf den Bericht, den die Charité dazu gegeben hat. Nichtsdestotrotz kann und sollte man sich durchaus auch das System Whistleblowing und den Umgang in öffentlichen Unternehmen mit Informationsgeberinnen und Informationsgebern angucken. Auch da gibt es sicherlich bei der Charité, wie überall, Verbesserungsbedarf; aber an dem Punkt – und auch was die Kündigung betrifft – ist das, glaube ich, nicht der richtige Ansatz gewesen.

Amtierender Vorsitzender Rolf Wiedenhaupt: Okay! Ich möchte bloß einmal anregen, weil es mir auch gerade gesagt worden ist, dass man es natürlich auch im Unterausschuss Beteiligungsmanagement mithineinnehmen und dort mal besprechen könnte. – Bitte, Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Zum weiteren Verfahren: Wir haben ja noch keine Unterausschüsse eingerichtet. Wir werden die aber einrichten. Deswegen sind jetzt ein paar Berichte bestellt,

und wenn die Berichte da sind, dann können wir, glaube ich, entscheiden, ob wir die im Unterausschuss bereden und in welcher Form und so.

Amtierender Vorsitzender Rolf Wiedenhaupt: Alles klar! – Dann sehe ich zu diesem Punkt keine weiteren Wortmeldungen mehr. – Dann ist er abgeschlossen.